

Bundesarbeitskammer  
Prinz-Eugen-Straße 20-22  
1040 Wien

G.-Zl.: WP-2017-9477

Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Bei Rückfragen Florian Salzburger, BA/Kn Klappe 1461 Innsbruck, 03.07.2017

Betreff: EU-Mobilitätspaket - Umwelt

Bezug: Ihr Mail vom 07.06.2017  
zust. Referent: Franz Greil

Sehr geehrter Herr Mag. Greil,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol wurde eingeladen, eine Stellungnahme zum Entwurf EU-Mobilitätspaket - Umwelt („Europa in Bewegung“) abzugeben.

Konkret beinhaltet dieses Mobilitätspaket - Umwelt neben einem Verordnungsvorschlag über die Überwachung und Meldung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, einige Berichte sowie eine Empfehlung der Kommission.

Das Transitland Tirol ist aufgrund seiner zentralen Lage sehr stark von den unterschiedlichsten Verkehrsarten betroffen. Aus dem aktuellen Verkehrsbericht 2016 des Landes Tirols geht hervor, dass das gesamte Verkehrsaufkommen - sei es PKW oder LKW-Verkehr - in Tirol im Jahr 2016 im Schnitt um 2,3 Prozent gestiegen ist. Aus diesem Grund ist es für die Tiroler Bevölkerung von außerordentlicher Relevanz, gerade gegen die starke Emissionsbelastung klare und längerfristige Regelungen zu finden.

In den Zielen des Vorschlages der Kommission betreffend Überwachung und Meldung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge wird festgehalten: *„Die Behörden hätten Zugang zu umfassenden Daten für die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Lkw mit niedrigerem Kraftstoffverbrauch, beispielsweise durch Besteuerung und Straßennutzungsgebühren.“*

Wenn schon eine Zertifizierung ausschlaggebend für eventuelle Förderungen oder Begünstigungen ist, sollte auf jeden Fall eine ausreichende Kontrolle gegeben sein. Ohnehin ist eine Zertifizierungsverordnung der CO<sub>2</sub>-Werte lediglich eine erste Möglichkeit die starke Emissionsbelastung von Lastkraftwagen zu verringern, wobei es aus unserer Sicht fraglich ist, ob dieser Vorschlag tatsächlich dazu beitragen kann, Emissionen zu senken. Ein deutlich zielführenderes Mittel, um eine längerfristige Lösung zu erreichen, wäre eine für die LKW-Hersteller klar festgehaltene und verbindliche Emissionsvorgabe für die gesamte Modellpalette sowie Höchstwerte für einzelne LKW-Modelle, die in regelmäßigen Abständen kontrolliert und im Falle der Nichteinhaltung sanktioniert werden.

Durch die Zunahme des Transitverkehrs in Tirol ergeben sich nicht nur klimaschädliche Auswirkungen durch den Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), sondern auch gesundheitliche Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch Stickoxide (NO<sub>x</sub>). Daher fordert die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol von der Kommission nicht nur Maßnahmen hinsichtlich der Belastung durch CO<sub>2</sub>, sondern auch ein Einsehen dahingehend, dass der freie Warenverkehr bei Überschreitung der NO<sub>x</sub>-Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt eine deutlich weitergehende Beschränkung erfahren muss, als dies mit dem mit der Kommission ausgehandelten sektoralen Fahrverbot möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)